

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends  
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alsterterrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Erwerbslosenfürsorge und Krankenversicherung.

Das Reichsarbeitsministerium hat mit Wirkung vom Januar dieses Jahres die Höhe der Erwerbslosenunterstützung erhöht. Dabei wurde entgegen den weitergehenden Forderungen der Sozialdemokratie wie der Gewerkschaften weder der Wirtschaftslage noch den seit Monaten ständig in die Höhe gehenden Preisen des notwendigen Lebensbedarfs Rechnung getragen. Man glaubte den zu müssen! Wie gewöhnlich am unrechten Orte, so den Berichten über die Wirtschaftslage ergibt sich, daß dieselbe in der Richtung einer langsamen stetigen Verbesserung fortschreitet, die Zahl der Erwerbslosen abnimmt. Es sind aber noch immer über 450 000 Erwerbslose vorhanden, die aller Bemühungen ungeachtet jetzt Arbeit nicht erhalten konnten und deshalb auf die Erwerbslosenfürsorge angewiesen bleiben. Diese Erwerbslosen wollen leben! Dazu reichen die festgesetzten Unterstützungssätze nicht aus; denn niemand wird nachweisen können, daß es möglich ist, in den Ortsklassen A des Wirtschaftskreises mit 2,18 M, im 2. Wirtschaftskreis mit 2,55 M und im 3. Wirtschaftskreis mit 2,72 M längerer Unterstützung eine vierköpfige Familie auch nur einigermaßen vor dem Hunger zu schützen. Noch weniger das in den anderen Ortsklassen oder bei stärkerer Familie der Fall. Welche Folgen hieraus entstehen, zeigen die Krankenziffern der Krankenversicherung, die teilweise eine ganz ungewöhnliche Höhe erreicht haben.

Das Anschwellen der Krankenziffern machte sich bereits im vorigen Jahre bemerkbar. So hatte zum Beispiel die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin im Januar 1924 1000 erwerbsunfähige Kranke, im Juli dagegen 30 000. Eine ähnliche Zunahme der Krankmeldungen wurde von der großen Zahl anderer Krankenkassen, vor allem aus Berlin, gemeldet, wo die Arbeiterschaft in den letzten Jahren in besonderem Maße unter Erwerbslosigkeit zu leiden hatte. Diese Zunahme veranlaßte schon zu jener Zeit das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium ein Schreiben an den Reichsausschuß für Ärzte und Krankenkassen, dessen Aufmerksamkeit auf diese für die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen bedrohlichen Verhältnisse zu lenken. Von diesem Ansturm wurden nicht nur die Ortskrankenkassen, sondern auch die Betriebs- und Erwerbslosenvereine betroffen, was eine alte Erfahrung bestätigt, wonach sich in der Krankenziffer nicht nur der Gesundheitszustand, sondern auch das Auf und Ab der Wirtschaft widerspiegelt. Bei eintretender Wirtschaftskrise, Einschränkung der Produktion, Stilllegung der Betriebe, bildet für zahlreiche Erwerbslose und Kurzarbeiter die Inanspruchnahme der Krankenkasse das Mittel, um die zu schwere Gefährdung der Existenz über die kritische Phase hinwegzukommen. Die Krankenversicherung wird zur Erwerbslosenversicherung.

Daran vermag auch das Bestehen der Erwerbslosenunterstützung nichts zu ändern. Ihre Unterstützungssätze sind zu niedrig, um die Erwerbslosen davon abzuhalten, an die Krankenkassen zu wenden, deren Unterstützungssätze selbst in den ungünstigsten Fällen immer noch wesentlich höher sind, da sie als Krankengeld mindestens die Höhe des festgesetzten Grundlohnes, teilweise aber mehr leisten. Die hieraus zwischen Krankengeld und Erwerbslosenunterstützung entstehende Differenz wird selbst durch die Familienzuschläge der Erwerbslosenunterstützung nicht ausgleichen. Unter solchen Umständen muß die bei der Festsetzung der Erwerbslosenunterstützung geübte Sparbarkeit ihren Zweck verfehlen. Was bei der Erwerbslosenunterstützung der Fall ist, geht den Krankenkassen verloren. Ja sogar noch mehr, weil sie zu dem Aufwand für Krankengeld noch die Kosten der in vielen Fällen unnötigen ärztlichen Heilbehandlung und Heilmittel tragen müssen. Soll eine wirkliche Hilfe geschaffen und eine Entlastung der Krankenkassen vor dem noch rauer zunehmenden Andrang

der Krankmeldungen bewirkt werden, so kann das im wesentlichen nur durch eine entsprechende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze geschehen.

Hierauf weist auch das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium in einer erneuten Eingabe an das Reichsarbeitsministerium hin. Es führt an, daß sich die Fälle häufen, in denen es arbeitsfähige Erwerbslose infolge der ganz ungenügenden Unterstützungssätze vorziehen, statt des Unterstützungsbetrages Krankengeld zu erhalten und sich zu diesem Zwecke von den Hausärzten krank schreiben lassen. Aus dem von den Krankenkassen beigebrachten umfangreichen statistischen Material zeigt sich, daß ihre Belastung einen geradezu erschreckenden Umfang angenommen habe, obgleich sich die von ihnen angeführten Zahlen nur auf die günstige Jahreszeit beziehen und epidemische Erkrankungen von irgendwelcher Bedeutung nicht aufgetreten seien. Nach Ansicht des genannten Ministeriums kommen als erfolgversprechende Gegenmaßnahmen nur in Betracht:

1. Die Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosenunterstützung, die den Anreiz für die Erwerbslosen beseitigt, sich krank schreiben zu lassen;
2. die Bildung von Ueberwachungskommissionen zur Durchführung einer schärferen Kontrolle;
3. die Nachprüfung der Krankmeldungen durch Vertrauensärzte;
4. die Heranziehung der Versicherten zu den Arztkosten.

Daß eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze den Krankenkassen eine wesentliche Entlastung bringen würde, daran ist nicht zu zweifeln. Dagegen kann von den übrigen vorgeschlagenen Maßnahmen nur eine sehr beschränkte Abhilfe erwartet werden. Gegen den letzten Vorschlag hat übrigens die sächsische Behörde insofern selbst Bedenken, als ein niedriger Zuschlag kaum eine Wirkung haben, ein höherer aber wirklich Kranke schwer benachteiligen würde. Dem ist beizutreten und vor der Durchführung dieses Vorschlages ernstlich zu warnen. Die unentgeltliche unentgeltliche ärztliche Hilfe gehört zu den wesentlichsten Vorzügen der Krankenversicherung und ist für die Volksgesundheit von unschätzbare Bedeutung. Sie darf den Arbeitern nicht verkümmert oder gar entzogen werden, wenn der damit verbundene Zweck, Krankheiten im Entstehen zu unterdrücken, nicht vereitelt werden soll. Selbstverständlich wird niemand gegen eine ausreichende Krankenkontrolle zum Schutze der Krankenkassen wie der übrigen Versicherten etwas einzuwenden. Doch kann auch in dieser Richtung leicht zu viel geschehen, was mehr Schaden als Nutzen stiften würde.

Die Erwerbslosen, die sich an die Krankenkassen wenden und Krankengeld beanspruchen, sind zum größten Teil keine Simulanten. Und die Ärzte, die den Erwerbslosen die Erwerbsunfähigkeit bescheinigen, handeln nur in seltenen Fällen pflichtwidrig. Denn in der Regel haben sie es in der Tat mit Kranken zu tun, deren Zustand eine derartige Bestätigung zuläßt. Daß die Betroffenen unter normalen Umständen arbeiten oder bei höheren Unterstützungssätzen sich mit der Erwerbslosenunterstützung begnügen würden, ändert nichts hieran. Solange der Arbeiter in Arbeit und Verdienst steht, schenkt er erfahrungsgemäß gewissen gesundheitlichen Beschwerden keine besondere Beachtung. Das ändert sich sofort, wenn er erwerbslos wird, und das ist begreiflich und wohl berechtigt. Auf jeden Fall liefern die Not der Krankenkassen wie die Stellung des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums den Nachweis, daß die gegenwärtige Erwerbslosenunterstützung den vorhandenen Bedürfnissen in keiner Weise genügt. Eine alsbaldige Erhöhung der Unterstützungssätze wird so zur unabwendbaren Notwendigkeit. Zugleich muß aber darauf hingewirkt werden, die Umwandlung der jetzigen Erwerbslosenunterstützung in eine Arbeitslosenversicherung unter weitgehender Hinzuziehung der Arbeiter in ihre Verwaltung und mit zur Aufrechterhaltung der Existenz der Erwerbslosen ausreichenden Unterstützungssätzen nach Möglichkeit zu beschleunigen.

### Konjunkturbericht vom Monat April.

Während am Ende des vorangegangenen Monats für jeden vom Bericht erfaßten Betrieb im Reichsdurchschnitt 32,4 Beschäftigte ermittelt wurden, ist deren Zahl am Ende des Monats April auf 38,4, also um 4 Personen, gestiegen. Das bestätigt die wesentliche Besserung der beruflichen Geschäftslage, wie wir sie auch schon durch unsere Arbeitslosenstatistik feststellen konnten.

Es wäre allerdings ein Irrtum, wenn man aus der Zunahme der durchschnittlichen Beschäftigungsziffer schließen wollte, daß sich in der Stellung unseres Berufs als typisches Kleinergewerbe eine Aenderung zu vollziehen beginne. Von unserer Erhebung wurden nur 123 Betriebe in 10 Filialen erfaßt, die fast ausnahmslos zu den solidesten und bestfundierten Betrieben gehören, was schon daraus hervorgeht, daß sie mit geringfügigen Ausnahmen das ganze Jahr hindurch beschäftigt sind. Das Ergebnis wird in der Hauptsache durch 7 Betriebe mit über 100, in einem Falle sogar 200 Beschäftigten so günstig beeinflusst. In 21 Betrieben beträgt die Beschäftigtenzahl bis zu 10, in 39 Betrieben 11 bis 20, in 18 Betrieben 21 bis 30, in 10 Betrieben 31 bis 40, in 6 Betrieben 41 bis 50, in 18 Betrieben 51 bis 75 und in 9 Betrieben 76 bis 100 Beschäftigte. Demgegenüber ist die Zahl der kleinen und der Zwergbetriebe, die ausnahmsweise einen, meist aber gar keine Gehilfen beschäftigen, durchaus nicht in der Abnahme begriffen; im Gegenteil lehrt die Erfahrung, daß jede Konjunkturwelle eine große Anzahl derartiger Scheinexistenzen hervorbringt, die in der Regel dem Berufe weder zum Vorteil noch zur Zierde gereichen.

Der Beschäftigungsgrad wird von 53 Betrieben (43,1%) mit 2184 Beschäftigten (49,1%) als sehr gut, von 56 Betrieben (45,5%) mit 1917 Beschäftigten (43,1%) als gut, von 18 Betrieben (10,6%) mit 229 Beschäftigten (7,4%) als befriedigend und von 1 Betrieb (0,8%) mit 18 Beschäftigten (0,4%) als schlecht beurteilt. Das ist eine Besserung der gut und sehr gut beschäftigten Betriebe gegenüber dem Monat März um 14,2 vom Hundert, und es ist durchaus glaubhaft, daß der flauere Geschäftsgang in anderen Betrieben, wie mehrfach angegeben wird, lediglich auf momentane Arbeitsstodungen zurückzuführen ist.

In enger Wechselwirkung mit dem flotten Geschäftsgang steht die weniger erfreuliche Zunahme der geleisteten Ueberstunden. Der mit dem Beruf vertraute Kollege weiß sehr wohl, daß bei Privataufträgen und Arbeiten in Geschäftsräumen Ueberstunden oft nicht zu vermeiden sind, wenn sich der Arbeitsprozeß reibungslos abwickeln soll. Die technischen Vorgänge in der Berufstätigkeit, das Trocknen der Farben usw. bedingen eine zielklare Einteilung der Arbeit, um so mehr, wenn die Räume bewohnt sind und auch während der Renovierung benutzt werden. Es gibt aber viele Unternehmer, die mit Vorliebe Ueberstunden anordnen, nicht selten auch dann, wenn zwingende technische Gründe nicht vorhanden sind, und die sich mit dem Gedanken tragen, daß die dauernde Leistung von Ueberstunden den Arbeiter allmählich an eine längere Arbeitszeit gewöhnen und damit für die Preisgabe des Achtstundentages empfänglich machen wird. Die Ueberstundenkultur hat in diesem Jahre noch nicht den Umfang angenommen, wie das teilweise im vorigen Sommer der Fall war. Nach unsern Feststellungen wurden in 19 Betrieben mit 480 Beschäftigten Ueberstunden geleistet, während 3 Betriebe mit 152 Beschäftigten ausdrücklich nur „nach Bedarf“ über die tarifliche Arbeitszeit hinaus tätig waren. Die Kollegen mögen die dringende Mahnung beherzigen, daß es in erster Linie von ihnen selbst liegt, wenn sie durch unbeschränkte Ausbeutung der Arbeitszeit den Boden für die von den Unternehmern seit langem geplante Beseitigung der Achtstundenvierzigstundemwoche bereiten. Wer länger in der Bewegung steht, der weiß, welchen Schwierigkeiten die Festlegung der prozentualen Zuschläge für Ueberstunden, Sonntag- und Nachtarbeit begegnet ist, und möge sein Teil beitragen, daß längst feststehende Errungenschaften nicht durch gedankenlose Liebedienerei einzelner gefährdet werden.

Im Laufe des Monats wurden 812 Kollegen in 106 Betrieben neu eingestellt. 194 Kollegen wurden entlassen oder haben den Betrieb auf eigenen Wunsch gewechselt.

Die neuen Fragebogen sind den Filialen bereits zugestellt. Etichtag für die Erhebung ist Sonnabend, 30. Mai. Die ausgefüllten Fragebogen und Arbeitslosenstatistikarten sind umgehend, spätestens bis zum 6. Juni an den Hauptvorstand einzusenden.

### Volks-, Berufs- und Betriebszählung.

Seit Bestehen des Deutschen Reiches haben bisher Zählungen der beruflich tätigen Personen stattgefunden in den Jahren 1876, 1882, 1895 und 1907. Das Ergebnis der 1876 erfolgten Zählung ist wegen der Mängel, die ihr anhafteten, zu Vergleichen mit den Ergebnissen späterer Zählungen kaum herangezogen worden. Nun soll auf Grund des Reichsgesetzes vom 13. März dieses Jahres und

der Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 14. März am 18. Juni 1925 im Gebiete des Deutschen Reiches, mit Ausnahme des Saargebietes, wieder eine allgemeine Volks-, Berufs- und Betriebszählung stattfinden.

Diese Zählung wird, wie amtlich mitgeteilt wird, an Umfang und Mannigfaltigkeit alle bisher im Reich vorgenommenen Erhebungen übersteigen. Sie hat für den Staat und die Kommunalverbände, insbesondere die Gemeinden, die größte Bedeutung und wird voraussichtlich für gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen in viel höherem Grade als Unterlage dienen als irgendeine frühere Zählung. Der Minister erwartet daher mit Bestimmtheit, daß alle an der Durchführung der Erhebung beteiligten Stellen diese mit dem größten Eifer fördern, um so mehr, als ihre sorgfältige Durchführung im eigenen Interesse dieser Stellen liegt. Frühere Erfahrungen haben gelehrt, daß diejenigen Verwaltungsbezirke, Gemeinden usw., die nicht die genügende Sorgfalt auf die Durchführung solcher Zählungen verwenden, sich selbst damit aufs schwerste schädigen.

Um die wichtige verständnisvolle Mitarbeit des ganzen Volkes für dieses große Werk zu gewinnen, ist es eine der wichtigsten Aufgaben aller beteiligten Stellen, die Bevölkerung über Sinn und Bedeutung der Zählung aufzuklären und ihre Interesse dafür zu erwecken. Der Minister empfiehlt zu diesem Zwecke die Veröffentlichung volkstümlicher Aufsätze in der Ortspresse, frühzeitige Erläuterung des Zwecks und der Aufgaben der Zählung in den Gemeindeversammlungen auf dem platten Lande und Veröffentlichung der hauptsächlichsten Vorschriften in den Amts- und Kreisblättern. Dabei soll, um jedes Mißtrauen der Bevölkerung zu bekämpfen, mit großem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß völlige Sicherheit dafür gegeben ist, daß die Angaben in den Zählpapieren nicht der Steuerbehörde zugänglich gemacht werden. Da die Zählung sehr schwierig ist, und seit der letzten Volkszählung bereits sechs, seit der letzten Berufs- und Betriebszählung sogar 18 Jahre verfloßen sind, so wird es in vielen Fällen notwendig sein, daß die Gemeinden zur Gewinnung der Adressen der Haushaltungen, Land- und Forstwirtschafts-, sowie Gewerbebetriebe Vorerhebungen durchführen, und zwar zunächst vier Wochen vorher.

Ueber die Aufgaben der an der Erhebung beteiligten Behörden macht der Minister eine große Reihe von Ausführungen, in denen er unter anderem sagt, daß diesmal ein besonders dringendes Bedürfnis nach der Gewinnung eines vorläufigen Ergebnisses bestehe. Die Zahl der ermittelten ortsanwesenden männlichen und weiblichen Personen sowie ihre Gesamtzahl ist deshalb bis spätestens zum 27. Juni dem Statistischen Landesamt Berlin zu übermitteln. Das gesamte Material ist bis zum 10. Juli zur Abfertigung an dieselbe Stelle bereitzustellen. Das Zählereamt ist jetzt bekanntlich ein gesellschaftliches Ehrenamt, zu dessen Uebernahme alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen verpflichtet sind, die in Preußen ihren Wohnsitz haben. Zum Schluß weist der Minister darauf hin, daß darauf Bedacht zu nehmen ist, daß Veranstaltungen, die die ordnungsmäßige Ausführung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung in einzelnen Orten oder für einzelne Berufsgruppen gefährden können, namentlich öffentliche Versammlungen und Feste, Jahrs-, Kram- und Viehmärkte, Wechseltage usw., in der Zeit vom 13. bis 19. Juni nicht stattfinden.

### Lohnerfolg gewerkschaftlicher Arbeit.

Die Entwicklung der tariflichen Löhne im Jahre 1924 beweist klar und deutlich den Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit. Um das nachzuweisen, legen wir unsere Berechnungen der Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Tariflöhne vom Dezember 1923, März, Juni, September und Dezember 1924 zu-

grunde. Als Vergleichsmaßstab für die Entwicklung der tariflichen Löhne benutzen wir den amtlichen Lebenshaltungskostenindex in der Weise, daß wir den Monatsdurchschnittsindex für Dezember 1923 gleich 100 und die Monatsdurchschnittsindizes vom März, Juni, September und Dezember 1924 zu dem Dezemberindex von 1923 in Beziehung setzen. Dann ist die Entwicklung des Lebenshaltungskostenindex folgende: Dezember 1923: 100, März 1924: 86,0, Juni 1924: 89,9, September 1924: 93,1, Dezember 1924: 98,5.

Werden nun in gleicher Weise die tariflichen Stundenlöhne in den einzelnen Monaten des Jahres 1924 auf den gleich 100 gesetzten tariflichen Stundenlohn im Dezember 1923 umgerechnet, so ergibt sich folgendes Bild:

	Dez. 23	März 24	Juni	Sept.	Dez. 24
<b>Bei den Malern</b>					
in Berlin	100	91,4	121,4	128,6	135,7
„ Aachen	100	81,3	87,5	92,5	100
„ Frankfurt a.M.	100	83	107,1	114,2	121,4
„ Hamburg	100	125	150	158,3	166,6
„ Königsberg	100	86	109	126,3	133,3
„ Leipzig	100	90,8	123	132,3	149
„ München	100	85	125	133,3	125
<b>Bei den Malern</b>					
in Berlin	100	97,1	121	129	137
„ Aachen	100	71,3	83,8	91,3	97,5
„ Frankfurt a.M.	100	79,7	111	117	129
„ Hamburg	100	112	141	148	163
„ Königsberg	100	83,5	—	115	115
„ Leipzig	100	105	140	149	160
„ München	100	104	150	160	168
<b>Bei den Bauhilfsarbeitern</b>					
in Berlin	100	96,9	114	117	122
„ Aachen	100	67	75	79	83
„ Frankfurt a.M.	100	79,4	100	102	117
„ Hamburg	100	111	130	139	145
„ Königsberg	100	74,2	—	108	108
„ Leipzig	100	104	144	154	165
„ München	100	105	151	158	167
<b>In der Metallindustrie (Fabrikbetriebe)</b>					
in Berlin	100	108	108	—	—
„ Frankfurt a.M.	100	91,7	91,7	91,7	100
„ Hamburg	100	—	—	—	133
„ Königsberg	100	100	100	100	100
„ Leipzig	100	100	110	115	121
„ München	100	110	119	119	130
<b>Bei den Tischlern (Möbelindustrie)</b>					
in Berlin	100	86,2	—	—	121
„ Aachen	100	100	108	108	120
„ Frankfurt a.M.	100	96,8	100	109	117
„ Hamburg	100	108	122	123	133
„ Königsberg	100	—	145	145	167
„ Leipzig	100	102	102	120	131
„ München	100	88,9	120	120	133
<b>Bei den Fabrikarbeitern (Chem. Industrie)</b>					
in Berlin	100	—	113	113	124
„ Aachen	100	90	96	98	104
„ Frankfurt a.M.	100	106	106	106	117
„ Hamburg	100	114	131	131	143
„ Leipzig	100	112	119	119	128
„ München	100	112	125	135	135
<b>Bei den Buchdruckern</b>					
in Berlin	100	111	125	125	149
„ Aachen	100	123	137	135	139
„ Frankfurt a.M.	100	111	125	125	149
„ Hamburg	100	111	125	125	149
„ Königsberg	100	109	122	122	143
„ Leipzig	100	111	125	125	149
„ München	100	109	125	122	146

Selbst bei voller Anerkennung der mangelhaften Grundlage des früheren amtlichen Lebenshaltungskostenindex beweist unsere Berechnung mit Sicherheit, daß von einigen Arbeitnehmergruppen abgesehen — der Kampf während des Jahres 1924 beachtenswerte, auch nicht genügende Verbesserungen gebracht hat, die die Gewerkschaften nicht eingetreten wären.

### Lohnbewegungen.

Halberstadt. Zugug ist streng fern zu halten, da die dortigen Kollegen bereits seit 7 Wochen in Lohnkampf stehen, um den Abschluß eines Tarifvertrages zu erreichen. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, die Kollegen zu Klausurklausuren anzuwerben. Es ist halb besonders darauf hingewiesen, daß der Lohn in Städten mit ähnlichen Lebensverhältnissen wesentlich ist als in Halberstadt.

Neue Lohnregelung in Rheinland-Westfalen. 16. April fanden auf unsern Antrag mit dem Rheinisch-Westfälischen Maler-Innungsverband Lohnverhandlungen in Essen statt. Circa 70 Malermeister waren aus dem ganzen Bezirk zusammengelassen, um das Frigate mit beizutragen, daß nur ja keine Lohnzulage aufgesetzt werde. Kollege Beringer als Verhandlungsleiter eingangs fest, daß es unmöglich sei, in einem so großen Kreis zu einer Verständigung über die zukünftigen zu kommen. Er schlug vor, den Antrag der Gehilfen einer kleinen Kommission zu behandeln, was aber abgelehnt wurde. Die Verhandlungen vor dem B. brachten die Parteien nicht näher. Nach längerer Beratung der Arbeitgeber unter sich wurde der B. verkündet, daß mit großer Mehrheit jede Lohnzulage abgelehnt werde, man gebe uns anheim, den Staatskommissionar in Dortmund anzurufen. Wir protestierten gegen diese Methode und verlangten für zukünftige Verhandlungen ein kleineres Forum. Eine Rücksprache mit den Vorsitzenden des Innungsverbandes, Herrn Karre, führte dahin, daß am 30. April nochmals in engerem Kreis, allerdings ebenfalls ergebnislos, verhandelt werden sollte. Die Arbeitgeber führten als Begründung an, daß der Durchschnitt 9 3/4 pro Stunde über den Löhnen der Arbeiter ständen, und solange die Löhne im Bau nicht geregelt seien, könnten sie keine weiteren Lohnzulagen mehr zugestehen. Der Referent des Staatskommissionars Herr Klostermann, fälltte mit einem Schiedsgericht für den Spruch:

1. Für die Zeit ab 1. Mai gelten folgende Stundenlöhne: In Köln 1,15 M., in Düsseldorf 1,05 M., in Industriegebiet, Bergisch Land und besetztes Gebiet im östlichen Westfalen 88 3/4.
  2. Ab 15. Mai 1925 erhöhen sich die Löhne im Industriegebiet, Bergisch Land und besetztes Gebiet auf 98 3/4, im östlichen Westfalen auf 88 3/4.
  3. In Merlohn und Menden sind ab 1. Mai dieselben Löhne zu zahlen.
  4. Vorstehende Regelung läuft bis auf weiteres und kann mit einer vierzehntägigen Frist, frühestens zum 30. September 1925, gekündigt werden.
  5. Falls die Verhandlungen im Bauergewerbe ergeben, die erheblich höher sind als obenstehende, auch auf Antrag einer Partei im Malergewerbe weitere Lohnerhöhung erneut verhandelt werden.
  6. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 7. Mai.
- Die Beteiligung an der Abstimmung war nur sehr gering. Am Donnerstag, 7. Mai, teilten wir Herrn Karre persönlich das Ergebnis mit. Die Parteivertreter verständigten sich, daß der Schiedsspruch als angenommen gilt und am Freitag, 15. Mai, neue Verhandlungen stattfinden werden.
- Sollen ernste Differenzen im Rheinisch-Westfälischen Malergewerbe vermieden werden, dann müssen die U

### Der Begriff 'Arbeit' bei Goethe.

#### Ein Kulturjubiläum.

Goethe hatte seit je eine besondere Vorliebe für den praktisch schaffenden Menschen. Beim praktisch Schaffenden sah er das Produkt der Arbeit. Da trat ihm die Arbeit greifbar entgegen. Darum hing er während seines ganzen Lebens mit Verehrung am schaffenden Volke. Die schaffende Hand war ihm Leben und Welt.

Auch der Bauer war Schaffender, aber seine Arbeit war nur nützlich, nicht schöpferisch. Der Bauer schenkt uns der Natur Gebilde.

Auch der Geistige, wie Goethe selber einer war, bejahte natürlich den Schaffenden. Aber seine Arbeit war geistig, die Grenzen seiner Arbeit waren schwankend; er erreichte kein Ziel nie, da es immer nur die Erkenntnis der Notwendigkeit neuer Ziele bedeutete. Darum dichtete Goethe schon 1797 im Vorspiele zur Eröffnung des Weimarer Theaters:

Der du an dem Weisheitstisch sitzest,  
 Unterrichtet, mit bebenden Gliedern  
 Fäden durch die Fäden schlingest, alle  
 Durch den Taktschlag aneinander drängest,  
 Du bist Schöpfer, daß die Gottheit lächeln  
 Deiner Arbeit muß und deinem Fleiße.

Tamie mischete Goethe die andere Arbeit, wie die geistige, natürlich nicht. Er hätte sonst ja seine eigene Arbeit betonen müssen. Goethe achtete die Arbeit. Die Arbeit war ihm der Sinn und das Glück des Lebens. Und weil das Sündende, Dienende, Menschliche, Gemeinjamte, das Wesen der Arbeit ausmacht, weil das lebendige soziale Moment der Arbeit gerade in der praktischen Arbeit so deutlich zum Ausdruck kommt, darum immer wieder seine Freude am praktischen Schaffen. Da sah er das Leben als Tat. Da sah er das Menschliche als praktische Tätigkeit.

Diese seine Stellung zur Arbeit erklärt dann aber — wenn man sich die Jahre her — eine grundsätzliche Neuerung. Die Arbeit war ihm nicht nur Freude; sie wurde ihm Aufgabe. Aus der Gegenwart rief er die Ar-

beit heraus und machte sie, in ihrem innerlichen Wesen revolutioniert, zum großen Ziele einer neuen Menschheit.

Zu Beginn der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatten die sozialistischen Utopisten ihre Lehren verkündet und unter ihnen der Franzose St. Simon, der am 22. Mai 1825 gestorben ist. Diese neuen Ideen bewegten damals die Welt, weniger die praktisch arbeitende Welt als die geistige. Die Utopisten glaubten an die gute Gesinnung des Menschen. Sie kannten noch nicht das Gegeneinander der Interessen, aus dem die Geschichte besteht. Sie dachten, die Ueberzeugung von der Nichtigkeit einer neuen Arbeitswelt würde sofort auch ihre Durchführung bringen, und da die Umschichtung der Gesellschaft aus dieser Ideologie heraus von den Besitzenden und Mächtigen und Wissenden und ihrem guten Willen abhing, so wandten sich die sozialistischen Utopisten wie St. Simon besonders an diese.

Den Erfolg hatten die Utopisten, daß sich die Aufmerksamkeit der gebildeten Welt auch auf die neuen Lehren lenkte. Ohne praktischen Erfolg; denn die, die die Macht hatten, hüteten ihre Macht. Nur aus dem schaffenden Volke heraus, das wissen wir ja heute, kann eine neue gesellschaftliche Gestaltung werden. Aber theoretisch beschäftigte sich die gebildete Welt mit den Ideen, und zu den geistigen Köpfen, die gerade von St. Simon besonders bewegt wurden, gehörte nach seinem eigenen Ausspruch Goethe. Durch St. Simons Ideen erhielt Goethes Anschauung von der Arbeit einen revolutionären Charakter. Die Arbeit war das große Treibende der Zeit, doch war die Arbeit in der Gegenwart noch unwürdig der ganzen Größe ihres innerlichen Wesens, der ganzen Größe ihrer Aufgabe. Gestalt und Inhalt des wirtschaftlichen Daseins, daß Arbeit ihren ganzen, freien, sittlichen Sinn erfüllen kann, das war die große Erkenntnis, die Goethe aus dem sozialistischen Erleben jener Jahre bekam.

Und das Jahr 1825, in dem St. Simon starb, brachte diese Revolutionierung des Begriffs Arbeit bei Goethe auch nach außen zum Ausdruck. Wilhelm Meisters Wanderjahre hatte Goethe 1821 vollendet, doch ohne das sozialpolitische Element der heutigen endgültigen Fassung. Die 4 Jahre sozialistischen Erlebens nach 1821 ließen Goethe 1825 das Werk wieder aufnehmen, um es grundsätzlich neu

zu verarbeiten und zu machen zum hohen Wert der Arbeit. Das Jahr 1825 ist damit von einschneidender Bedeutung im Leben des Dichters. Jetzt steht großartig revolutionäre Auffassung vom Begriffe Arbeit ein, seine soziale Auffassung im allergrößten Maße wie sie dann auch im Ausklang des „Faust“ zum Ausdruck kam, der nach jenem historischen Jahre 1825 geschriebene wurde.

Das „Band“ ist das Ziel der Menschheit. Die Menschheit durch freie Arbeit geeint. Arbeit soll zur sittlichen Tat und zur sittlichen Freude. Arbeit des Gewinnes wegen, wie Arbeit nur der Existenz wegen ist nicht sittliche Arbeit, ist nicht wahre Arbeit. Arbeit soll Liebe sein. Und darum eine neue soziale Gestaltung des Wirtschaftslebens, daß Arbeit als heiliger Menschendienst möglich ist.

Mit prophetischem Blick erkannte Goethe das kommende Genaueswerden in den Industriestaat aus Agrarstaaten heraus. Mit prophetischem Blick erkannte die damit zusammenhängende Proletarisierung der Masse und mit prophetischem Blick erkannte er das kommende Zerreißen in Massen, wie die Welt es noch nicht gekannt und das kommende Bewußtsein bei den arbeitenden Massen von ihrer Bedeutung in der Welt und von der Macht organisatorischen Zusammenschlusses. Ein neuer Geist wurde aus dem sozialistischen Erleben jener Jahre hervorgebracht und 1825 offenbarte sich dieser neue Geist in Goethes Werke im großen künstlerischen Werke. Ein Kulturjubiläum eigener Art können wir darum in dem Jahre feiern, dem zugleich zum hundertsten Male der Tode St. Simons wiederkehrt.

Wenn der Epiker auch weiter behaglich nach nicht wissen wolle in Goethes blättert, als wenn er die Langeweile des Bürgers geschaffen hätte. Lassat recht, wenn er sagte, die Klaffen hätten eine revolutionäre Tendenz, und der brave Bürger würde verbrannt, wenn er sie kennen würde. Wie „Wanderjahre“, so ist auch sein Ewigkeitswerk, der „Faust“, ein Kulturgut von zehrender Feuerkraft. dessen Zukunft noch kommt! Goethe ist der revolutionäre Goethe. Goethe ist unser Goethe. Dr. Gustav Hoffmann

ner den bisher eingenommenen Standpunkt verlassen. Er endigt an der Zeit, daß die Löhne den wirklichen Verhältnissen angepaßt werden.

### Lackierer.

**Tarifbewegung in der Möbelindustrie.** Für die Lackierer der Möbelindustrie von Herford, Bielefeld und Umgebung ist mit den Arbeitgebern ein neuer Vertrag abgeschlossen worden. Die neue der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern die Ferien zu beiseitigen, sind nicht verwirklicht worden. Bezüglich der Arbeitszeit wurde die Vereinbarung getroffen, daß diese bis 51 Stunden wöchentlich verlängert werden kann, wenn dringende Betriebsverhältnisse es erfordern. Für diese Nacharbeit ist ein Zuschlag von 10 % der Tariflöhne zu zahlen. Die Bestimmungen der Tarifbestimmung über Mehrarbeit gelten hierdurch abgelöst. Für jede Mehrarbeit, die über die tarifliche Arbeitszeit hinausgeht, sind 20 % Zuschlag zu zahlen. Mehrarbeit, über 51 Stunden wöchentlich hinaus, nur für die Dauer einer Woche geleistet werden, es sei denn, daß wegen tatsächlichen Mangels an Facharbeitern keine Arbeitskräfte eingestellt werden können. Sollen Arbeiter den Willen, dann wird es bei der achtstündigen Arbeitswoche bleiben. Der Urlaub nach den Bestimmungen des alten Vertrages festgelegt, und zwar nach halbjähriger Beschäftigung 3 Tage, nach fünfjähriger Beschäftigung bis zu 7 Tagen. Die Löhne wurden durch ein besonderes Abkommen geltend und in 4 Gruppen gestaffelt. Arbeiter der ersten Gruppe, Facharbeiter und angelernte Arbeiter, erhalten vom tariflichen Stundenlohn eine Akkordausgleichsrate von 10 %, wenn ihnen keine Gelegenheit zur Mehrarbeit gegeben werden kann. Der Vertrag hat Geltung bis 1. April 1926.

Der Arbeitgeberverband der Möbelindustrie von Detmold und Steinheim hat den gleichen Vertrag mit uns abgeschlossen.

### Aus unserm Beruf.

**Cassel.** Bei unserm Verbandsjubiläum am 12. April wurde auch die Filiale gleichzeitig auf ein vierzigjähriges Bestehen zurückblicken. Zahlreich waren die Kollegen und Angehörigen, selbst aus entfernteren Jahrestellen, erschienen, um dieser seltenen, denkwürdigen Feier unseres Verbandes beizuwohnen. Das künstlerisch aufgestellte, feierliche Programm bot recht Gutes, Ernstes und Erhebendes und wurde allen Mitwirkenden viel Beifall zu teil. Ein vom Dichter W. Traudt zu dieser Festlichkeitsfeier verfaßter Prolog wurde von Fr. Kausch wirkungsvoll vorgetragen, worauf dann Kollege Preuß die Festrede hielt. Redner gab kurz einen Rückblick von der Entstehung des Verbandes und der Filiale Cassel bis zum heutigen Jubiläumstage. Er schilderte die Schwierigkeiten, im Laufe der Jahrzehnte zu überwinden waren, kennzeichnete die Kämpfe, Rückschläge und Erfolge; lehrte die besondere Berücksichtigung der Verhältnisse der achtziger Jahre gegenüber den heutigen. Solche wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfolge waren nur möglich durch ein geschlossenes Handeln und Zusammenwirken der Kollegen in ihrem Verband. Den älteren Verbandskollegen, die Jahrzehnte hindurch für die Gewerkschaftsarbeit und für unsern Verband gekämpft haben, gebete besonderer Dank für diese Erfolge und für den Aufschwung des Verbandes und der Filiale. Mit Stolz konnten wir am Jubiläumstage auf ihr Werk zurückblicken. Weiter dankte Kollege Preuß der 83 gefallenen Kollegen aus der Filiale, deren Geben wir auf einer vom Kollegen Preuß künstlerisch angefertigten Ehrenliste verzeichnet. Auch ihnen gebühre der Dank der Überlebenden, denn da auch sie schon vor dem Kriege Jahre hindurch dem Verbande ihre Kraft und Mitarbeit zur Erreichung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegeben haben; daher tüchtige und treue Kollegen sei unter ihnen genannt. (Die Tafel war auf der Bühne des Saales aufgestellt.) Mit einem Appell an die Kollegen, insbesondere an die jüngeren, die noch nicht so vom Wesen und Ziel der Gewerkschaft durchdrungen sind, den älteren und gefallenen Verbandskollegen in ihrer Treue, ihrem Tun und Handeln zu folgen, damit jeder einzelne zum Klassenbewußtsein erwacht werde und so der Verband nach innen und außen mehr und immer mehr gefestigt wird. Mit dem Gebete „Werberuf“ aus der Jubiläumsummer des „Maler“ schloß Kollege Preuß seine Festrede. Die Reichsbannertruppe spielte anschließend das Lied „Brüder zur Sonne, Brüder zur Freiheit“, das von den Anwesenden mitgeführt wurde. In überreicher Genosse Schröder vom Vorstand des Kasseler Ortskartells dessen Glückwünsche, ermahnte die Kollegen und wünschte unserm Verband zu seinen Aufschwung die besten Erfolge. Nach Schluß der Vortragsfolge dankte die Teilnehmer noch lange beisammen. Mit Bewunderung, aber auch mit neuer Hoffnung und Zuredung weiterer Erstarken und Gedeihens unseres Verbandes man auseinander.

**Friedberg.** Am 26. April veranstaltete unsere Filiale vierzigjährige Verbandsjubiläumfeier, die in Dorheim im Saal stattfand. Die Feier wurde durch ein Lied der Arbeitergesangsvereine in Dorheim eingeleitet, worauf Vorträge die Erschienenen begrüßte und auch der gemeinsamen Kollegen gedachte, zu deren Ehren sich die Verbandskollegen von ihren Plätzen erhoben. Als Festredner war Kollege Josef Hütsch, Darmstadt, erschienen. Er dankte den Auf- und Ausbau der Organisation innerhalb der Jahrzehnte und ermahnte zum Schluß die Kollegen, ihrerseits treu und fest zum Verbande zu halten. Die Kollegen konnten wir als Jubilare ehren. Nebenher trugen die Freie Sängervereinigung in Schwalm- und der erstgenannte Verein durch stimmungsvolle Lieder bei, die Feier zu verschönern. Nach der offiziellen Zusammenkunft hielten alle Beteiligten noch längere Zeit in bester Stimmung beisammen.

**München.** Am 25. April feierte die Filiale München Salvatorerkeller das vierzigjährige Verbandsjubiläum. Das reichhaltige Programm befriedigte die anwesenden

Kollegen in jeder Weise. Kollege Wab hielt die Festrede, worauf die Uebergabe der Diplome an die Jubilare unter Musik und ein allgemeines Hoch auf die Jubilare folgte. Anschließend wurde die von Kollegen Fr. Petru ausgeführte Ehrenliste — ein dauerndes Andenken der Filiale an diese Feier — entrollt. Die Ehrenliste zeigt in schöner Umrahmung die Namen der 17 Jubilare. Der Männergesangsverein München-Mu trug die „Sonntagsfeier“ von Uthmann und „Frühlingsstürme“ von Schulken vor, und erntete demonstrativen Beifall. Auch die Rezitationen des für den Abend gewonnenen Rezitators, Herrn Oscar Vogelmann-Vollrath fanden den verdienten begeisterten Beifall. Nach Abwicklung des offiziellen Teiles kamen auch die Tanzlustigen noch reichlich auf ihre Rechnung. Nicht unerwähnt soll bleiben die sehr gute Musik der Kapelle Hofmann. Diese schöne Feier wird allen Teilnehmern noch lange im Gedächtnis sein.

— Eine allgemeine Mitgliederversammlung am 7. Mai befaßte sich mit der Aufstellung der Kandidaten für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung und mit der Verschmelzungsfrage. Als Kandidaten wurden aufgestellt die Kollegen Dolp, Gerner und Niederer. Zur Verschmelzungsfrage referierte Kollege Dolp. Ausgehend von den Auseinandersetzungen über die Form der Organisation bei Gründung der Gewerkschaften, streifte er die Gewerkschaftsorganisation, die sich mit dieser Angelegenheit grundsätzlich befaßten und immer wieder zu der Auffassung kamen, daß die Berufsorganisation die beste Form darstelle. Nach dem Kriege trat der Wille zur Verschmelzung in Industrieverbände sehr stark in Erscheinung, und zwar zum größten Teil aus dem politischen Gesichtspunkte. Der Leipziger Gewerkschaftskongress nahm denn auch eine Resolution an, die ausspricht, daß die heute noch bestehenden Berufsverbände in Industrieverbände zusammengeschlossen werden sollen. Der eingesehene Ausschluß sah nach seinen ersten Arbeiten nicht nur wesentliche Gegensätze bei den Anhängern der Berufs- sondern auch unter den Anhängern der Industrieverbände selbst. Horizontale Verschmelzung oder vertikale Zusammenlegung nach Kongressen sind die Hauptfragen, über die bis heute eine Verständigung nicht herbeigeführt werden konnte. Der Baugewerksbund strebt die vertikale Verschmelzung an — vom Urprodukt bis zum letzten Bauelemente, während die Mehrzahl der zustimmenden Verbände die horizontale Verschmelzung als die gegebene Form ansehen — Zusammenlegung aller jener Berufsgruppen, die an der Herstellung eines Produktes gemeinsam beschäftigt sind. Bei unserer gemischtindustriellen Wirtschaft bedingt das, daß in einem Betrieb mehrere Industrieverbände zuständig sein können. Die Organisationsform der Zukunft steht heute noch nicht fest. Da eine Anpassung an die vielgestaltigen Konzentrationsformen der Wirtschaft nicht in Frage kommen kann, würde näher liegen, die Machtbefugnisse des ADGB zu erweitern, damit durch diese eine Vereinheitlichung sämtlicher Einrichtungen der Gewerkschaften durchgeführt würde, alle großen Fragen von sich aus behandelt werden könnten und so allgemein eine wesentliche Vereinfachung und Vereinfachung eintreten könnte. Jedenfalls dürfte unter keinen Umständen durch den Egoismus einzelner Verbände ein nie gutzumachendes Durcheinander geschaffen werden, das für die endgültige Entwicklung der Gesamtbewegung eine große Hemmung darstellen würde. Massenbewegungen und insbesondere Erfolge sind nicht abhängig von Massenorganisationen, maßgebend ist immer und wird immer wieder sein die geistige Einstellung, der gewerkschaftliche Fortschritt, die Selbstachtung des Arbeiters und damit Klassenbewußtsein und Solidarität. Auf die zur Abstimmung stehende Verschmelzung unseres Verbandes übergehend, beipflichtet er den bisherigen Entwicklungsgang. Der Baugewerksbund habe die geforderten Sicherungen größtenteils angenommen. Natürlich sei, daß nicht dieselbe Bewegungsfreiheit bestehen könne, nicht die ganzen Einrichtungen unseres Verbandes als Berufsverband aufrecht erhalten werden können, weil sonst der Industrieverband eben nicht verwirklicht wäre. Angestellte der Berufsgruppe würden allerdings nicht weiter mit allen technischen Kleinarbeiten belastet sein und eine Arbeitsteilung vorgenommen werden. Natürlich würden sie nicht nur für die Angelegenheiten der Berufskollegen tätig sein können. Als weitere Vereinfachung würden die Jahrestellen zusammengelegt werden. Ersparungen würden sich hier wohl nicht ergeben. Ob sich die Kollegen mit den anzustellenden Bezirkssekretären des Baugewerksbundes abfinden würden, müßte sich erst ergeben. Lohn- und Tarifverhandlungen müssen nach wie vor mit denselben Arbeitgebern und bei den besonderen Verhältnissen des Gewerbes durch Berufs-kollegen durchgeführt werden. Bei nicht genügender Berücksichtigung der Berufsinteressen bestände eine Reihe von Gefahren, wie die Schweiz und auch Oesterreich zeigen. Das Malergewerbe konzentrierte sich nicht, sondern gehe eher den umgekehrten Weg. Ein zwingender Grund zu einer Verschmelzung liege nicht vor. Unsere Organisation könne sich in ihrer Tätigkeit und ihren Erfolgen mit jeder — insbesondere auch mit den größten Organisationen messen. Die Diskussionsredner vertraten durchweg die Auffassung, daß eine Verschmelzung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht empfohlen werden könne. Die Abstimmung ergab, daß 93,3 % aller anwesenden Kollegen gegen die Verschmelzung stimmten. Die Versammlung verlief in bester Stimmung und spiegelte das Interesse jedes Kollegen, in sachlicher Mitarbeit unsere Organisation zu fördern und zu festigen, wieder.

### Gewerkschaftliches.

**Josef Simon**, der Vorsitzende des Deutschen Schuhmacherverbandes blickt in diesen Tagen auf eine fünfundsiebzigjährige Tätigkeit als Verbandsvorsitzender zurück. Schon als junger Schuhmachergeselle hatte er sich im Jahre 1885 seiner Gewerkschaft angeschlossen und ist seitdem ununterbrochen, seit 1900 als Vorsitzender des Verbandes und seit 1907 als internationaler Sekretär der Schuh- und Lederarbeiterorganisationen, tätig. Von 1907 bis 1918 war er im bayerischen Landtag, seit 1912 ist er Mitglied des Deutschen Reichstages. Trotz seiner 60 Jahre gehört er noch zu den pflichterfülltesten und treuesten Mitarbeitern am Werke für die sozialistischen Ideale der deutschen Arbeiterbewegung. Möge er seiner Organisation noch lange erhalten bleiben.

**Der Aufstieg der Gewerkschaftsbaut.** Die von den freien Gewerkschaften eingerichtete „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. s. w.“, die am 31. Mai vorigen Jahres aus der „Deutschen Kapitalwertungsgesellschaft“ hervorging, erstattete soeben ihren ersten Tätigkeitsbericht. Aus der Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember ergibt sich ein Nettogewinn von 229 081,40 M und ein Reingewinn von 139 658,88 M. Vom Reingewinn werden 75 000 M dem gesetzlichen Reservefonds und 25 000 M einem Spezialfonds überwiesen. Die Dividende beträgt 10 %.

**Die deutschen Löhne im Vergleich mit dem Ausland.** In einem außerordentlich interessanten und mit vielem statistischen Material versehenen Artikel untersucht Dr. Paul Harmberg in der Monatschrift des ADGB, „Die Arbeit“ die Frage „Weltmarkt und Lohn“. Der Verfasser kommt dort zu interessanten Feststellungen. So ergibt ein Uebersicht über die Lohnsteigerung in verschiedenen Ländern folgendes Bild: Durchschnittliche Stundenlöhne Ende 1924 im Prozent der Löhne von 1914:

In Deutschland .....	122 %
„ Italien .....	150 „
„ Frankreich .....	152 „
„ England .....	200 „
„ der Schweiz .....	200 „
„ Schweden .....	249 „
„ Holland .....	295 „
„ den Vereinigten Staaten ..	232 „

Wenn man nun noch beachtet, daß die deutschen Arbeiter länger arbeiten als ihre Kollegen im Ausland, dann kann man ersehen, wieviel der deutsche Unternehmer im Vorteil ist. Gerade jetzt wieder wird Sturm gelaufen gegen die gestellten Lohnerhöhungen durch die Unternehmerpresse. Da dürfte es wirksam sein, an obige Zahlen zu erinnern. Der Zustand, daß die deutsche Arbeiterklasse billiger als die englische und amerikanische arbeitet, kann und darf nicht in alle Ewigkeit aufrechterhalten werden. Man sollte aber auch immer beachten, daß sich in obigen Zahlen die Stärke der gewerkschaftlichen Bewegung widerspiegelt. Je besser gerüstet die Gewerkschaften sind, je höher stellen sich natürlich auch die Arbeiterlöhne. Und dies soll und muß unsere Aufgabe für die Zukunft sein. Sind unsere Gewerkschaften stark genug, dann mag der Reichswirtschaftsminister lamentieren, so viel er will, dann mögen die kapitalistischen Goldschreiber sich die Finger wund schreiben. Der deutsche Arbeiter hat es satt, als Kuli unter den modernen Lohnarbeitern zu gelten.

**Die Ausbildung der technischen Nothilfe wird gefordert** in einer Eingabe an den Reichsfinanzminister, das Reichsministerium des Innern, das Reichsfinanz- und Reichsarbeitsministerium und an die Fraktionen des Reichstages vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, dem Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände. An die Reichsregierung, und insbesondere an das Reichsministerium des Innern wird das Ersuchen gerichtet, die Auflösung der technischen Nothilfe für den Ablauf des nächsten Etatsjahres vorzubereiten und die für das Rechnungsjahr 1925 anzufordernden Etatmittel entsprechend zu kürzen.

In der Eingabe wird gesagt, daß die Gewerkschaften die Voraussetzungen, die zur Errichtung der technischen Nothilfe führten, nicht mehr für gegeben erachten. Insbesondere ist seit dem Eintritt stabilerer Wirtschaftszustände eine wesentliche Veruhigung unter der arbeitenden Bevölkerung eingezogen. Die tiefgehenden seelischen Erschütterungen weiter Volksteile als Folgeerscheinung des verlorenen Weltkrieges sind ebenfalls überwunden, und damit ist die Gefahr der Stilllegung lebenswichtiger Betriebe durch politisch radikalisierte Volksteile fast unmöglich geworden. Die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit in den letzten Jahren hat dazu beigetragen, daß die Arbeiter im Falle eines Streiks die Notarbeiten selbst ausführen. In den gewerkschaftlichen Eaktionen sind für den Fall eines Streiks in gemeinnützigen Betrieben, das heißt solchen, die für die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung notwendig sind, Sicherungen für die Fortführung der Notarbeiten getroffen, die bereits Gemeingut der Gewerkschaftsmitglieder geworden sind.

Gegenüber diesen unbestreitbaren Feststellungen ist die Anforderung im Reichsetat für das Rechnungsjahr 1925 mit 3 687 000 M und einem Mehrbetrag von 367 000 M gegenüber dem Vorjahre nicht in Einklang zu bringen. Die Finanzlage des Reiches zwingt nach Ansicht der Regierung zu größter Sparsamkeit, die beim Etatstück „Technische Nothilfe“ sehr wohl geübt werden kann, da seit 1919, dem Gründungsjahr der „Teno“, die wirtschaftliche und politische Lage des Reiches sich wesentlich geändert hat.

Die Auflösung der technischen Nothilfe, die sich immer mehr zu einer Streikbrecherorganisation auswächst, ist schon längst zu einer Notwendigkeit geworden. Ob aber die Eingabe der gewerkschaftlichen Spitzenverbände Erfolg haben wird, ist angesichts der Stellung der bürgerlichen Parteien des Reichstages und der von den Deutschnationalen beherrschten Reichsregierung zur Teno sehr zweifelhaft. Auch in diesem Falle tritt für die gewerkschaftlich organisierte Land- und Forstwirtschaft wieder deutlich in Erscheinung, was die Entscheidung der Wählermassen über die Zusammenfassung des Reichstages bedeutet.

### Sozialpolitisches.

**Die Schulden des Deutschen Reiches.** Bei den Schulden des Deutschen Reiches kann es sich um dreierlei handeln: erstens die Papiermarkschulden, die sich aus den Anleihen der Vorkriegs- und Kriegszeit sowie einer Nachkriegsanleihe (der „Prämienanleihe“) von 1919 zusammensetzen; zweitens die Reparationsschuld auf Grund des Dawes-Abkommens und drittens die verschiedenen auf Gold (Dollars, Goldmark usw.) lautenden Schulden, die zum Teil noch im letzten Inflationsjahr (1923), zum Teil schon im Jahre der Markstabilisierung (1924) aufgenommen wurden. Nun hat man aber nur über die dritte Art von Schulden eine genaue Vorstellung. Sie betragen rund 2,9 Milli-

arden. Den größten Posten bildet unter den Schulden dieser Gruppe der Rentenbankkredit von 1,2 Milliarden, den das Reich bei der Stabilisierungskaktion erhalten hat; der zweitgrößte Posten ist die Dawes-Anleihe, die dem Reich 800 Millionen gebracht hat, die aber im Betrag von 944 Millionen (ohne Zinsen) zurückzahlen sein wird, da sie zu einem nicht vollen Kurs ausbezahlt wurde; die weiteren Posten bilden die verschiedenen Goldschahamweisungen der Inflationszeit und endlich die ziemlich kleine gegenwärtige (rund 100 bis 150 Millionen) schwebende Schuld des Reiches, das heißt hauptsächlich die kurzfristigen, immer wieder zu erneuernden Kredite bei der Reichsbank, die heute nicht entfernt die Rolle spielen wie in der Inflationszeit.

Wenn es nun bei diesen rund 3 Milliarden bliebe, so wäre das Reich jetzt besser daran als vor dem Kriege, als es fast 5 (genauer 4,9) Milliarden Schulden hatte. Dem ist aber nicht so. Denn die Reparationsbelastung beträgt allein jährlich im nächsten Jahre 720 Millionen, in den darauffolgenden noch mehr und von Herbst 1928 ab 944 Millionen! Und wie lange — steht nicht fest. Und der weitere unrichtige Posten ist die Papiermarkschuld, das heißt die auf den Papiergeldscheinen verbriefte Schuld annulliert worden, aber die Aufsichtsbild in Gesamtbeitrag von rund 70 Milliarden ist nicht voll annulliert. Von dem Maß, in dem sie aufgewertet wird, hängt also die wirkliche Schadenssumme des Reiches ab. Und dann gibt es noch weitere Schadensposten, deren Größe ganz unsicher ist: die Renten der Kriegshinterbliebenen müssen doch einmal von ihren lächerlich geringen gegenwärtigen Stand erhöht werden; die Ansprüche derer, die im Ausland oder im Elsaß, Posen usw. ihr Eigentum durch Liquidation verloren haben, werden auch — wenn auch nur zum Teil — befriedigt werden müssen, da das Reich aus diesem Eigentum einen Teil der Reparationen bezahlt hat. Die Panzerkollisionsfrage, die lautet: „Eine Wille gleich einer Mark“ wird sich eben doch nicht auf alle Schulden des Reiches erstrecken dürfen. Es wird vom innerpolitischen Stande abhängen, ob in der Aufwertungs-, Renten-, Entschädigungsfrage nur wirkliche Geschuld und vollwertigste Möglichkeit und nicht private Großkapitalinteressen entscheidend wirken. Denn der Muberechtigungsklausel, bei dem die Reichsregierung eine Schuld von zwei Drittel Milliarden ohne mit der Wimper zu zucken anzuerkennen hat, ist ein vorwundenes Vorbild geworden.

**Die deutsche Fleischversorgung ist durchaus ungenügend.** Die Arbeiter- und Inflationszeit hatten das Fleisch auf dem Tische vieler Arbeiter zum Luxusartikel werden lassen. Während im Jahre 1913 pro Kopf der Bevölkerung ein Fleischkonsum von 48,5 kg entfiel, betrug diese Menge in der Inflationszeit kaum die Hälfte. In den Jahren 1923 und 1924 betrug der Fleischkonsum auf 20,9 beziehungsweise 12 kg auf den Kopf der Bevölkerung. Es bedarf keiner langen Erörterung, daß 0,5 kg pro Kopf und Woche ein durchaus ungenügendes Quantum Fleisch ist, um ein Volk gesund und vor allem arbeitsfähig zu erhalten. Das deutsche Volk ist, so fern es erwerbsfähig ist, zum überwiegenden Maße in Handel und Industrie beschäftigt. Nach den maßgebendsten Psychologen sollte auf den Kopf der deutschen Bevölkerung im Durchschnitt auf keine individuelle Fleischration mehr als 10 kg Fleischverbrauch entfallen. Inzwischen 42 kg im Jahre 1924 und der für die Volksgesundheit notwendigen Mindestmenge von 70 kg laßt jeder vernünftige Abgrund von Unterernährung des deutschen arbeitenden Volkes.

In anderen Ländern ist der Fleischverbrauch wesentlich höher als in Deutschland. Namentlich im Jahre 1923 auf den Kopf der amerikanischen Bevölkerung 88,5 kg, also die dreifache Menge, die dem Deutschen zur Verfügung stand. Der Fleischkonsum wird noch künstlich durch die miserable Lage der deutschen Arbeiterklasse herabgemindert. Die heutigen Fleischpreise sind nicht nur relativ, sondern auch absolut unerschwinglich hoch. Sie können verbilligt werden, wenn die deutsche Landwirtschaft genügendes Angebot auf den Markt zu bringen vermöchte oder wenn die Grenzen zur freien Einfuhr geöffnet würden. Da ist der gegenwärtig im Verhandlung stehende Handelsvertrag mit Polen von großem Interesse. Polen ist zu 80 % Agrarland. Seine Agrarprodukte vermag es im eigenen Lande nicht zu verarbeiten. Das größte Ausfuhrland ist Deutschland. Was Polen zu verkaufen hat, hat Deutschland zu wenig. Die polnischen Handelsvertreter des Handelsvertrages sind eifrig bemüht, die freie Einfuhr von Fleisch und Vieh durchzusetzen. Dies hoffen sie auf der Widerstand der deutschen Handelsvertreter, der von den deutschen Agrariern künstlich gehindert wird. Die deutschen Landwirte wehren sich ganz entschieden gegen die Öffnung der Grenzen; denn dann würde ja die freie Preisbildung für und der geöffnet und das Monopol der deutschen Agrarier wäre zu Ende. Die Agrarier begründen ihre Forderung auf Sperrung der Grenzen aus der Gesundheitsfrage. Nach dem Reichsgesetz über Schlachtwesen und Fleischbeschau darf frisches Fleisch nur in ganzen Tierkörpern, bei Mordblich und Schweinen in Häuten verpackt eingeführt werden. Dieses Gesetz, das der Gesundheit dienen soll, darf nicht zum Schutze großkapitalistischer Wirtschaftsinteressen ausgedehnt werden.

Wenn die Grenzen nach Polen in der Fleischzufuhr geöffnet werden, könnte die deutsche Fleischversorgung nicht nur reichlich gesichert werden, sondern es könnte auch ein gesunder Druck auf die deutsche Preisentwicklung ausgeübt werden. Die deutsche Arbeiterklasse muß deshalb verlangen, daß der Abschluß des polnischen Handelsvertrages nicht nur handelsrechtlichen Rücksichten gemäÙ wird, nach dem die Waren der beiden Länder und Dungen ist es an der Zeit, daß sich wieder einmal hat zu eben vermag. Deshalb werden die polnische Grenze und laßt sich herein, das da stehen im Kehlerzug vorhanden ist.

**Verschiedenes.**

Ein ständischer Heimstättenrat der Deutschen Bodenreformer ist am 2. Juni nach Frankfurt a. D. durch den Bund Deutscher Bodenreformer und das Heim-

stättenrat der Deutschen Bauernschaft im Einvernehmen mit dem Magistrat der Stadt Frankfurt a. D. einberufen. Die Tagung dauert bis zum 4. Juni und dient der praktischen Durchföhrung der bodenreformerischen Gesetzgebung, insbesondere der Heimstättengesetzgebung. Es finden Besichtigungen der von der Stadt Frankfurt a. D. in vorbildlicher Boden- und Heimstättenpolitik geschaffenen umfangreichen Siedlungsbauten und städtischen Werkstätten statt. In Verbindung mit der Tagung werden 3 Ausstellungen veranstaltet: 1. Stadtbild und Siedlung; 2. Farbe im Stadtbild 3. Blumenausstellung.

Der Bund Deutscher Bodenreformer hat das oben erschienene 2. Heft des Jahrbuches der Bodenreform als Festnummer für die Stadt Frankfurt a. D. herausgebracht.

**Urlaub und Reisen.** Die Zeit des Urlaubs kommt wieder heran. Es ist von medizinischer Seite immer wieder auf die Bedeutung hingewiesen worden, die eine Entfernung des Menschen aus der gewohnten Umgebung während des Urlaubs für die Erholung und Kräftigung des Körpers hat; aber leider sind die Heime, die für solche Zwecke nötig sind, nur vereinzelt vorhanden. Für die meisten kommt darum ein Verleben des Urlaubs in Erholungshäusern nicht in Betracht.

Viele haben aber Angehörige, bei denen sie die Ferien fern von der Heimat, verleben könnten, doch da machen die hohen Eisenbahnfahrkosten den verheirateten Arbeitern und Angestellten, besonders wenn sie größere Familien haben, die Reise oft unmöglich. Mit Recht trat darum auch der bayerische Landesgewerkschaftsleiter Dr. Koesch vor einiger Zeit in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene für eine soziale Gestaltung der Eisenbahntarife im Sinne des Urlaubs ein. „Es sind verbilligte Eisenbahntarife zu gewähren“, schreibt er, „die Verkehrsverwaltung darf sich solchen sozialhygienischen Notwendigkeiten nicht verschließen.“

In Frankreich hat man diesen sozialen Schritt jetzt getan. Wie die „Verkehrstechnik“ berichtet, werden dort für die Reise zwischen allen Bahnhöfen der 6 großen französischen Eisenbahnnetze für Einfahrten von mindestens 100 Kilometern (für Hin- und Rückfahrt zusammen) Familienfahrkarten zu sehr erheblich ermäßigtem Preise ausgegeben. Dieser Preis beträgt für die ersten 2 Personen den vollen, für die dritte den halben und für die vierte und weitere Personen ein Viertel des gewöhnlichen Fahrpreises. Drei Familienmitglieder müssen zusammenreisen; weitere Angehörige können für sich reisen. Für Reisen, die über 400 Kilometer hinausgehen, wird auf den Fahrpreis der 400 Kilometer überschreitenden Strecke noch eine weitere Ermäßigung gewährt, die 10 % bei 4 Personen beträgt. Die Karten gelten für die Zeit vom 15. Juni bis zum 5. November.

Es ist zu wünschen, daß eine derartige Berücksichtigung des Urlaubs in den Tarifen auch in Deutschland recht bald vorgenommen wird. Die vereinzelt Sommerferienzüge, die nur die großen Meistlinien berücksichtigen, genügen nicht. Durch Familienkarten würde Tausenden von Erwachsenen und Kindern die so nötige Erholung gegeben werden können, die ihnen bei den derzeitigen hohen Fahrpreisen heute unmöglich ist.

**Vom Ausland.**

**Holland.** Noch immer stehen die Kollegen im Haag, Groningen, Tilburg, Wageningen und Almelo im Streik. In allen übrigen Orten versucht man es jetzt, Einzelverträge mit den gleichen Bedingungen wie im früheren Kollektivvertrag abzuschließen. Die Verträge, die nur einen Kündigungstag vorsehen, werden überall unterzeichnet. An unserer Kampftaktik wird dadurch nichts geändert; denn die streikenden Kollegen werden ausharren, bis ein für sie annehmbares Resultat erreicht ist.

**Fachliteratur.**

Der „Maler-Lehrling“ Nr. 5 ist in der vorigen Woche verfaßt worden. Der Leitartikel beschäftigt sich mit dem Pfingstfest und der Arbeiterjugend, wobei darauf hingewiesen wird, daß wahrer Pfingstgeist nur bei der Arbeiterjugend zu finden ist. In einem Artikel, „Der Eintritt in den Beruf“, aus der Broschüre „Der Maler und Lackierer“ von Hugo Hillig, wird in manchen humoristischen, heiteren Weise zu den ersten Tagen der Lehrlingsarbeit Stellung genommen. Allerdings sind wir nicht in allen Punkten mit Hilligs Ansichten einverstanden.

Die Frühlingsjonne lädt zum Wandern, darum ist auch dieser Seite der Jugendbetätigung ein kurzer Abschnitt gewidmet. Ausführlicher wird über die Ausstellung von Lehrlingsarbeiten, besonders Gesellenstudien, in Hamburg berichtet. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß im allgemeinen gegenüber dem Vorjahre eine Besserung zu verzeichnen ist, wenn auch überragende Arbeiten nur wenige ausgestellt waren. In dieser Nummer des „Maler-Lehrling“ wird auch auf das „Nachblatt“ verwiesen, weiter Hinweise für Wanderungen gegeben.

Der „Lackierer“ Nr. 2 ist vergangene Woche zum Veriaud gekommen. Er enthält den Bericht und die Beschäfte der 4 Lackiererkonferenz, die in Hamburg getagt hat; ein ärztliches Gutachten über die Hautschädigungen unserer Kollegen; einen Artikel über die Arbeitsweise der Lackierer in D. W. Hajeihorst und einen Bericht über die Zeidauer, in der in Amerika ein Auto fertiggestellt wird. In der Vorschau wird auf unser neues Nachblatt „Der Maler“ hingewiesen, das besonders auch für unsere Lackiererkollegen von hohem Interesse ist.

Vom 17. bis 23. Mai ist die 21. Beitragswoche.

**Literarisches.**

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und W. funde, Herausgeber Th. Leipart. Das vierte Heft dieser Zeitschrift enthält folgende Artikel: „Die Arbeiterbewegung in soziologischer Aufsicht“ (Professor Dr. Ferdinand Tönnies), „Die Arbeiterbewegung in soziologischer Aufsicht“ (Dr. Paul Fernberg), „Der Arbeiter und die Arbeiterbewegung“ (Dr. Ernst Berger), „Soziale Arbeiterbewegung“ (Clemens Kropel), „Gewerkschaftliche Gewerkschaften“ (Kraus J. Jurindöngler), „Was wird die Arbeiterbewegung der Arbeiter?“ (Walter Streicher). Den Heft schließt eine reichhaltige Rundschau der Arbeiterbewegung in zu bestehen durch die Verlagsgesellschaft des „Maler-Lehrling“ in Berlin S. 14. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich für Organisationsmitglieder 2,40 M., der Preis des einzelnen Heftes für Organisationsmitglieder 60 A.

Das „Maler-Lehrling“, Amtsblatt des Reichsarbeitsrats und der Reichsarbeitsverwaltung, dürfte bei seiner Verbreitung in seinen Heften im allgemeinen bekannt sein. In der Zeit hat es eine durchgreifende Umgestaltung erfahren. Es bringt vermehrt Erlebnisse im Monat eine schnellere Verleierung ist sein Aufgabentrieb erweitert und für einzelne Gebiete vertieft. Insbesondere wird die 3. Monatsnummer des „Maler-Lehrling“ in Zukunft ausschließlich dem Arbeiterjugend, in der Unfallverhütung und der Gewerkschaften mit sein. Auf diese Weise wird das „Maler-Lehrling“ dem leitendsten Organ einer möglichst reichhaltigen Heftreihe ge alle wichtigen Ereignisse des sozialen Lebens einschließlich der aufstrebenden Streitfragen sowie über die Gesetzgebung und Ver auf allen Gebieten der Sozialpolitik. Bezugspreis monatlich 2,20 M. Heftes Verlag von Neimar Döpping, Berlin SW 61, Großbeeren

Der kleine Brochüre, Der bekannte Verlag Brochüre, fündet das dritte Mai beginnende Erscheinen des „Maler-Lehrling“, eines einbändigen Handbuchs des „Maler-Lehrling“ als erstes größeres Friedenslexikon vollständig vorliegt, seine barkeit und Zuverlässigkeit beweisen, so wird der kleine Brochüre in noch weiteren Kreisen des deutschen Volkes gute Aufnahme finden. Die 1. Auflage von 100.000 Exemplaren ist durch den reicheren bunten und schwarzen Abbildungen und Karten (schonem Einband bei Subskription nur 21 M. kostet. Und die Ausgabe auf einmal in schwerer Fall, der kann auf die Befreiung subskribieren, die in 10 vergeblichen Lieferungen zu je 1,00 M. so daß dieser kostbare Bildungshof während ungefähr eines Jahres wärentlich nur 20 A. erfordert. Dabei hat der „Maler-Lehrling“ sich an einem mit vielen Preisen ausgearbeiteten Preisanschreiben zu beteiligen, dessen erster Preis nicht weniger 1800 M. beträgt. Wir werden unsere Leser über die Befreiungen un-

**Sterbetafel.**

Danzig. Am 3. Mai starb unser treuer Kollege Paechel im Alter von 41 Jahren an Magenleiden.  
Eberfeld. Am 11. Mai starb nach kurzer Krankheit treues Mitglied Adolf Otto im Alter von 42 Jahren.  
Mainz. Am 22. April schied unser Kollege Michel F. Lincher zu Breckenheim, im Alter von 85 Jahren willig aus dem Leben.  
Münsterberg. Am 26. März starb in der Zahlstelle 1. Redig unser treuer Kollege Franz Nuhste im Alter von 89 Jahren. — Am 9. April starb unser Kollege J. Schurr im Alter von 43 Jahren Lungentzündung.  
Ehre ihrem Andenten!

**Bekanntmachung.**

Den Filialverwaltungen sind die Protokollformulare die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Dresden zugedungen. Die Formulare müssen richtig gefüllt ausgefüllt bis 7. Juni dem Hauptvorstand rückgesandt sein, damit etwa notwendige Stichwahlen angeordnet werden und die vollständige Delegiertenliste vor der Generalversammlung gedruckt werden kann. Besonders ist darauf zu achten, daß der Vor- und name und die genaue Adresse angegeben und deutlich geschrieben wird, damit es möglich ist, besonders die direkt zuzuschicken. In den Wahlkreisen 18, 21, 27, 34, 38, 42 und 43 ist nur ein Kandidat aufgestellt und der keine Wahl erforderlich. Der Verbandsvorstand

**Anzeigen**

Wir suchen zum sofortigen Eintritt tüchtige

**Karosserielackierer  
Wagensattler und  
Karosserieflachner**

Schriftliche Bewerbung mit Zeugnisabschriften, Angaben der Familienverhältnisse, Alter sowie frühesten Eintrittstermin erbeten.

**Daimler Motoren-Gesellschaft  
Karosseriewerk Sindelfingen.**

**Perfette  
Möbelholzmaler**  
für dauernde Beschäftigung stellen ein

**Pagentopf & Heller, G. m. b. H.  
Rathenow.**

Mehrere tüchtige  
**Malergehilfen**  
für Chemnitz und Landarbeit für dauernd gesucht.

**Rich. Leonhardt, B. D. D.  
Chemnitz, Schulstraße 6.**